

Modernes Steuerrecht für Deutschland

+++einfacher+++niedriger+++gerechter+++



Die Vorschläge der CDU bedeuten eine Innovation für das deutsche Steuerrecht:

Klare Regeln, Abbau der Steuerbürokratie, wenig Ausnahmen. So soll es sein. Rot-Grün sollte nicht an Symptomen herumdoktern, sondern den Mut zu neuen Wegen haben. Die CDU ist dazu bereit.

Die Vorschläge der CDU:
• Jeder hat einen einheitlichen Grundfreibetrag von 8.000 Euro. Der Eingangsteuersatz wird auf 12 Prozent gesenkt. Es gibt außerdem zwei weitere Steuerstufen von 24 Prozent und 36 Prozent. Nach Abzug von Freibeträgen

(siehe Beispielrechnung).

- Arbeitnehmer erhalten einen zusätzlichen Freibetrag von 1.000 Euro pro Jahr.
- Auch Kinder haben einen

Freibetrag von 1.000 Euro pro Jahr. Auch Kinder haben einen

Freibetrag von 1.000 Euro pro Jahr. Auch Kinder haben einen

Familie		Alleinvertienner	
Bruttoeinkommen 25.000 Euro, 1 Kind		Bruttoeinkommen 50.000 Euro, 2 Kinder	
25.000 Euro		50.000 Euro	
- 9.000 Euro Arbeitnehmerfreibetrag		- 9.000 Euro Arbeitnehmerfreibetrag	
- 8.000 Euro Grundfreibetrag Ehepartner		- 8.000 Euro Grundfreibetrag Ehepartner	
- 8.000 Euro Grundfreibetrag pro Kind		- 16.000 Euro Grundfreibetrag pro Kind (8.000 Euro)	
= 0 Euro zu versteuerndes Einkommen		= 17.000 Euro zu versteuerndes Einkommen	
0 Euro mit 12% zu versteuern	0 Euro	16.000 Euro mit 12% zu versteuern	1.920 Euro
0 Euro mit 24% zu versteuern	0 Euro	1.000 Euro mit 24% zu versteuern	240 Euro
0 Euro mit 36% zu versteuern	0 Euro	0 Euro mit 36% zu versteuern	0 Euro
Einkommenssteuer jährlich = 0 Euro	0 Euro	Einkommenssteuer jährlich = 2.160 Euro	2.160 Euro
monatliche Belastung = 0 Euro	0 Euro	monatliche Belastung = 180 Euro	180 Euro

Familie		Alleinvertienner	
Bruttoeinkommen 25.000 Euro, 1 Kind		Bruttoeinkommen 50.000 Euro, 2 Kinder	
25.000 Euro		50.000 Euro	
- 9.000 Euro Arbeitnehmerfreibetrag		- 9.000 Euro Arbeitnehmerfreibetrag	
- 8.000 Euro Grundfreibetrag Ehepartner		- 8.000 Euro Grundfreibetrag Ehepartner	
- 8.000 Euro Grundfreibetrag pro Kind		- 16.000 Euro Grundfreibetrag pro Kind (8.000 Euro)	
= 0 Euro zu versteuerndes Einkommen		= 17.000 Euro zu versteuerndes Einkommen	
0 Euro mit 12% zu versteuern	0 Euro	16.000 Euro mit 12% zu versteuern	1.920 Euro
0 Euro mit 24% zu versteuern	0 Euro	1.000 Euro mit 24% zu versteuern	240 Euro
0 Euro mit 36% zu versteuern	0 Euro	0 Euro mit 36% zu versteuern	0 Euro
Einkommenssteuer jährlich = 0 Euro	0 Euro	Einkommenssteuer jährlich = 2.160 Euro	2.160 Euro
monatliche Belastung = 0 Euro	0 Euro	monatliche Belastung = 180 Euro	180 Euro

einheitlichen Grundfreibetrag von 8.000 Euro. Das Ehegattensplitting bleibt erhalten.

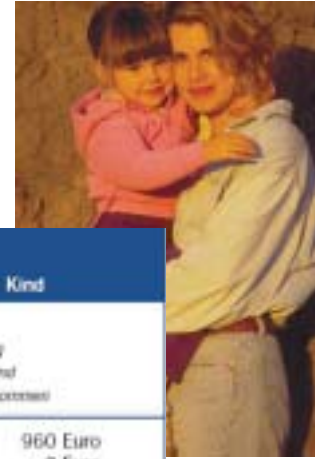
• Jeder muss künftig seinem Einkommen entsprechend Steuern zahlen. **Steuersparmodelle, die bisher vor allem Personen mit höherem Einkommen genutzt haben, wird es in Zukunft nicht mehr geben.**

• Im Lohnsteuerverfahren wird die jährliche Einkommenssteuer-Erklärung ersetzt durch einen elektronischen Steuererklärungsentwurf des Finanzamtes.

• Die Gewinneinkünfte werden unter Einbeziehung von Miet- und Pachteinkünften zu Einkünften aus unternehmerischer Tätigkeit

erhalten.

• Veräußerungsgewinne aus Wirtschaftsgütern wie Grundstücken, vermietete Immobilien, Wertpapieren unterliegen der Steuerpflicht. Der Verkauf von



Ledige		Alleinvertienner	
Bruttoeinkommen 25.000 Euro, 1 Kind		Bruttoeinkommen 50.000 Euro, 2 Kinder	
25.000 Euro		50.000 Euro	
- 9.000 Euro Arbeitnehmerfreibetrag		- 9.000 Euro Arbeitnehmerfreibetrag	
- 8.000 Euro Grundfreibetrag pro Kind		- 16.000 Euro Grundfreibetrag pro Kind (8.000 Euro)	
= 8.000 Euro zu versteuerndes Einkommen		= 17.000 Euro zu versteuerndes Einkommen	
8.000 Euro mit 12% zu versteuern	960 Euro	16.000 Euro mit 12% zu versteuern	1.920 Euro
0 Euro mit 24% zu versteuern	0 Euro	1.000 Euro mit 24% zu versteuern	240 Euro
0 Euro mit 36% zu versteuern	0 Euro	0 Euro mit 36% zu versteuern	0 Euro
Einkommenssteuer jährlich = 960 Euro	960 Euro	Einkommenssteuer jährlich = 2.160 Euro	2.160 Euro
monatliche Belastung = 80 Euro	80 Euro	monatliche Belastung = 180 Euro	180 Euro

„Themen-Offensive“ zur sozialen Sicherung abgeschlossen: Elf Anträge für Leipzig

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland misst den Parteien die Rolle zu, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Das Parteiengesetz konkretisiert diese Rolle auf eine „dauernde oder für längere Zeit“ angelegte Einflussnahme auf die politische Willensbildung.



CDU-Generalsekretär Gerhard Lawrenz

Dies wird durch einen wichtigen Aufgabenkatalog definiert, der von den Parteien unter anderem die Förderung der aktiven Teilnahme der Bürger am politischen Leben sowie eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen fordert.

Genau das hat die Berliner CDU in den letzten Wochen getan. Mit einer „Themen-Offensive“ zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme wurde allen interessierten

Bürgern angeboten, in einer entscheidenden Phase der Politik aktiv mit ihrem beruflichen Sachverstand oder als Betroffene an einer



wichtigen Diskussion teilzunehmen und direkt die politische Willensbildung einer großen Partei zu beeinflussen - als „Themen-Vertreter“ für die Diskussion über die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme in Deutschland.

Alle Mitglieder und Nicht-Mitglieder, die fachliches Interesse an den aktuellen Themen hatten, konnten zeitlich befristet als „Themen-Vertreter“ an der Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme mitwirken.

Dazu mussten sie einfach eine Aktionskarte ausfüllen und in einer Gliederung oder Geschäftsstelle der Berliner CDU abgeben. Die Mitglieder in den Orts- und Kreisverbänden hatten die Aufgabe, gezielt Personen aus betroffenen Berufsfeldern vor Ort mit diesem Angebot anzusprechen.

Die Interessenten wurden dann zu Themenveranstaltungen in ihrem

Bezirk oder zu Informationsveranstaltungen der Foren und Arbeitskreise eingeladen, konnten sich dort aktiv an der Diskussion beteiligen und als offizieller „Themen-Vertreter“ für die große Schlussveranstaltung auf Landesverbandsebene bestimmen lassen.

Der „Themen-Kongress“ in Berlin fand am 1. November mit Generalsekretär Laurenc Meyer, der Berliner Parteispitze und 650 Themen-Vertre-

tern statt - darunter über hundert Nicht-Mitglieder.

Nach zwei Einführungsvorträgen wurde der Leitanspruch des Bundesvorstandes in Fachforen diskutiert und Änderungsvorschläge für den Bundesparteitag erarbeitet. Die Themen-Vertreter - darunter zahlreiche Professoren, Ärzte und Fachleute - konnten so direkt mit über die inhaltliche Position des Berli-

ner CDU-Landesverbandes entscheiden. Mit diesem Themen-Kongress als Schlussveranstaltung endete nach insgesamt zwei Monaten gleichzeitig das zeitlich befristete Engagement der Nicht-Mit-

glieder in der Union. Ergebnis: Elf Änderungsanträge zum Leitanspruch der Bundespartei „Deutschland fair ändern“ und zwei Initiativanträge für den Bundesparteitag, am 1. und 2. Dezember 2003 in Leipzig.



partei haben wir ein Experiment gewagt. Das hat im Ergebnis geklappt und wir werden das Prinzip „Themen-Offensive“ auf andere Politikfelder übertragen und regelmäßig wiederholen.“ (mw)



Steuererklärung abzugeben. Mit ihren Vorschlägen will die CDU den Steuerdrück in Deutschland lichten, die Steuern senken und mehr Gerechtigkeit schaffen. Deutschland fair ändern - Die CDU macht's möglich!

und Pauschalen wird das verbleibende Einkommen von 0-8.000 Euro mit 12 Prozent versteuert, von 8.001 Euro bis 32.000 Euro mit 24 Prozent und darüber mit 36 Prozent

STRAFANZEIGE

Überall muss gespart werden, doch Stadtentwicklungssenator Strieder gönnt sich bisweilen eine Ausnahme.



Zahlungen von 1,74 Millionen Euro für rechtswidrig erklärt, erstattete die CDU-Fraktion wegen Untreue und Konkursverschleppung Strafanzeige. Strieder war die treibende Kraft hinter den Subventionen für das neue Tempodrom, das wegen verdoppelter Baukosten bei jetzt 30 Millionen Euro am

Alles gelogen!

Rande der Insolvenz steht. Insgesamt stecken in dem Privatprojekt bis zu 20 Millionen an öffentlichen Geldern, z.B. über Lottomittel und Bürgschaften. Noch in diesem Jahr wollte der Senat weitere 900.000 Euro zuschießen, was aber am Parlament scheiterte. „Sparen bis es quietscht“ oder neuerdings „bis Blut fließt“, sind die Umschreibungen der SPD für ihre gerade wieder gescheiterte Haushaltssanierung. Doch das Leid wird einseitig in der Stadt verteilt. (dr)

Um endlich richtig den Haushalt zu sanieren, war einer der Gründe für Peter Strieder 2001 Eberhard Diepgen zu stürzen. Das brachte ihm schon damals in einem CDU-Plakat eine Pinocchio-Nase ein.

Keine Arbeitserlaubnis für abgelehnte Asylbewerber



Der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Frank Henkel, hat sich die Forderungen des Integrationsbeauftragten des Senats, Piening, ausgesprochen, abgelehnten Asylbewerbern die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu gestatten. „Pienings Vorschlag, abgelehnte Asylbewerber verstärkt eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, ist das falsche Signal.“ Schon jetzt gelinge es schwer, selbst Ausländer, die einen

festen Aufenthaltsstatus haben, in die Gesellschaft zu integrieren. Ihr Anteil an Sozialhilfeempfängern in Berlin liege mit fast 29 Prozent weit über dem Durchschnitt“, so Henkel. Er rät dem Integrationsbeauftragten sein „offenkundig falsches Amtsverständnis“ abzulegen. Es ginge bei dieser Personengruppe nicht um Integration, das sei die Aufgabe bei den legal in der Stadt lebenden Ausländern. Hier ginge es vielmehr darum, perspektivisch die Ausreise der betroffenen Menschen zu ermöglichen und durchzusetzen. Bis zu diesem Zeitpunkt müsse den Betroffenen ein menschenwürdiger Aufenthalt in der Stadt ermöglicht werden. Nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Gemeinsamer Grenzschutz

„Hoffentlich nimmt die Kommission ihre Verantwortung im Bereich der Sicherung der Außengrenzen ernst und unterbreitet dem Parlament einen zielführenden und ausgereiften Plan zur Schaffung einer europäischen Grenzagentur“, merkt der Berliner



Europaabgeordnete und Innenexperte, Ingo Schmitt (CDU) an. Der Plan zur Schaffung einer europäischen Grenzschutz-

agentur ist nicht neu; doch jetzt will sich die Kommission auf Initiative des Rates hin beilegen, einen konkreten Vorschlag noch in diesem Jahr vorzulegen. Die Sicherung der EU-Außengrenzen betrifft jeden Mitgliedstaat gleichermaßen, unabhängig davon, ob er selbst Außengrenzen hat oder nicht, denn es

europäisches Grenzschutzkorps, sondern ein Instrument zur konkreten und wirksameren Gestaltung der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ins Leben gerufen werden. Das in Deutschland bereits existierende Zentrum für Binnengrenzen wäre zum Beispiel eine Institution, mit dem eine Zusammenarbeit koordiniert werden müsste.

„Dabei muss darauf geachtet werden dass nicht eine weitere Agentur geschaffen wird, von denen es in Europa schon so viele gibt. Konkret muss ein Mehrwert absehbar sein, der durch die Schaffung einer Koordinationsstelle zwischen mehreren Grenzzentren erreicht wird. Hier geht es um ein Instrument des Informationsaustauschs und eine koordinierte Kontrolle und nicht um ein Verzetteln in Verwaltungsapparaten“, so Schmitt abschließend. (eg)

Personalchaos im Senat Missbilligung

„Unappetitlich“ nennt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Frank Henkel, die Wechsel der Staatssekretäre im rot-roten Senat. Jüngstes Beispiel in der Senatsverwaltung für Kultur und Wissenschaft: Der Fall „Michael Krausz“. Eigentlich sollte der Hamburger Professor und Freund des Senators bereits seit Oktober in Berlin sein. Allerdings hatte Flierl seine Rechnung ohne die Hamburger Staatsanwaltschaft gemacht. Die ermittelt nämlich seit Monaten in Sachen „Verdacht der Vorteilsnahme“. Doch der PDS-Senator Flierl hielt an seinem Kandidaten fest und informierte das Parlament nicht, das nimmt die CDU nun zum Anlass des Missbilligungsantrags. Man solle sich aber auch an die anderen „Vor-Fälle“ erinnern, so

Henkel. War es zunächst die Staatssekretärin für Kultur, Krista Tebbe, die ihren Chef wegen angeblicher „inhaltlicher Differenzen“ verließ, meldete vor wenigen Monaten der Staatssekretär für Wissenschaft, Peer Pasternack, seinen Unmut über die Berliner Verhältnisse an und nahm die Diskussion um Studiengebühren als Anlass zu gehen. Dabei stehe, so Henkels Kritik, immer noch im Raum, Pasternack habe sich seinen Abgang mit einem fetten Staatsanwaltschaft gemacht. Die ermittelte nämlich seit Monaten in Sachen „Verdacht der Vorteilsnahme“. Doch der PDS-Senator Flierl hielt an seinem Kandidaten fest und informierte das Parlament nicht, das nimmt die CDU nun zum Anlass des Missbilligungsantrags. Man solle sich aber auch an die anderen „Vor-Fälle“ erinnern, so